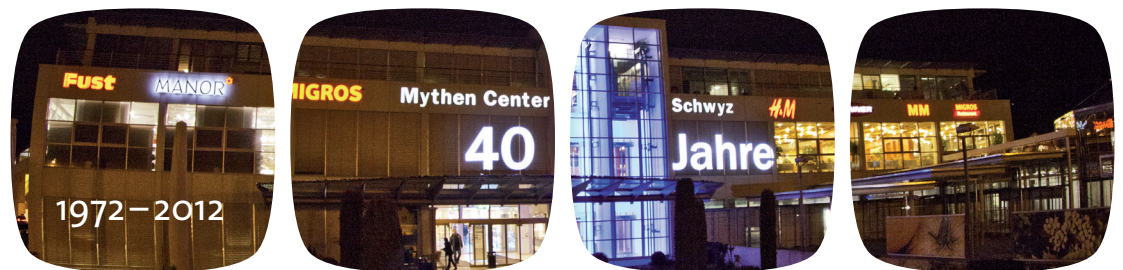




Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



40 Jahre Erlebnis Einkaufen

56 Fachgeschäfte unter einem Dach
Mo-Do 9-20 Uhr | Fr 9-21 Uhr | Sa 8-18 Uhr
www.mythen-center.ch

Mythen Center  **Schwyz**
40 JAHRE ERLEBNIS EINKAUFEN

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Gersauerstrasse 7
Postfach 618
CH-6440 Brunnen
Tel. 041 820 34 44
Fax. 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Kasse:

Schwyzner Kantonbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, druck | media,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Inhaltsverzeichnis

Neuregelung des Konkordates über die Fachhochschule Zentralschweiz.....	5
SZ	
Wirtschaftsmeldungen	5–7
Aktuell	
Deklaration für Rio+20: Es braucht einen Kurswechsel in der Landwirtschaft.....	8–9
Themen	
Von der Wichtigkeit institutioneller Fragen	10
Arbeitgeber und IV gemeinsam für die Eingliederung.....	11–12
Schweizer Industrie weiterhin in schwieriger Situation	12
Exporte leicht im Plus dank zusätzlichem Arbeitstag.....	13
«Swiss made»-Missbräuche nicht mehr geduldet.....	13–14
Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz gestärkt.....	14
Index	15

Sinkende Preise im Detailhandel bringen gleichzeitig Gewinner und Verlierer



Carla Tschümperlin,
Vorsitzende der GL
A. Tschümperlin AG, Baustoffe

Die Themen, welche die Schweizer durchs Jahr bewegt haben, findet man jeweils an der Fasnacht in zusammengefasster Form wieder. Ich gebe zu, ich bin keine Fasnächtlerin. Ich bewundere aber die enorme Energie, welche die Fasnächtler in diese kulturelle Form der Auseinandersetzung mit der Politik, der Kultur und schlussendlich des Menschseins stecken. Dieses Jahr war ich an der Basler Fasnacht. Das schrille Pfeifen der Piccolos ist mir als Innerschweizerin zwar ein Graus, aber ich mag die scharfe und feine Klinge der Schnitzelbänggler, mit welcher sie die aktuellen Geschehnisse kommentieren.

Nebst Bemerkungen zu Gaddafi, Papst und Dokortitel wurde das Thema Frauenstimmrecht und Anzahl Frauen im Bundesrat verarbeitet. Offenbar bereitet diese Situation einem Teil der Bevölkerung noch immer arges Kopfzerbrechen. So... denken Sie sich jetzt... jetzt fängt die auch noch damit an! Ich bewahre Sie davor. Fast. Ich möchte trotzdem einige Gedanken mit Ihnen teilen, die Sie als Wirtschaftskapitäne interessieren sollten.

Sollen wir tatsächlich darüber debattieren, ob der Bundesrat nun 2,3 oder 4 Frauen «erträgt».

Die Frage lautet doch vielmehr, wie setzen sich in der Wirtschaft unsere Teams von Morgen zusammen? Wo rekrutieren wir unsere Fachkräfte für die zukünftigen Herausforderungen? Wie besetzen wir unsere offenen Stellen für Ingenieure, Techniker und handwerkliche Berufe?

Können wir es uns als alternde Gesellschaft mit hohem Lebensstandard wirklich leisten, in stereotypischen Rollenbildern zu leben, dass Mädchen zu «Frauen und Mütter» werden und Jungs zu «Männer, Väter und hoffentlich Ingenieure»?

Wir können natürlich unsere zukünftigen Mitarbeiter im Ausland rekrutieren. Mit der guten Sprachförderung der Kinder können wir uns sogar verständigen. Und in der Baubranche freuen wir uns über die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, für welche wir gerne Wohnungen bauen.

Aber ist es nicht auch grundlegend schweizerisch, autonom zu sein und mit den einheimischen Ressourcen erfolgreich zu sein. Können wir es uns wirklich leisten, auf die Frauen in der Erwerbswelt zu verzichten, auf ihren Beitrag und ihre Fähigkeiten in der Wirtschaft, auf ihre Einkommen und Steuern?

Frauen haben in der Geschichte immer wieder bewiesen, dass sie fähig sind, aus bestehenden Rollenbildern herauszutreten und zu tun, was getan werden muss. Eine Gesellschaft und ihre Rollenbilder sollten sich dahin verändern, wohin es für ihr langfristiges Überleben notwendig ist.

Jetzt ist Not am Mann – im wahren Sinne des Wortes. Es ist Zeit zum Handeln und die Grundsteine zu legen, dass:

- Männer und Frauen sich verstärkt für volkswirtschaftlich relevante und technische Berufe interessieren
- die Frauen auch nach der Familiengründung im Erwerbsleben bleiben
- bei Mädchen und Frauen das Interesse und Selbstvertrauen für Berufe ausserhalb der typischen Frauenberufe geweckt wird und die Ausbildung dies berücksichtigt

Das volkswirtschaftliche Modell der Zukunft heisst: Ingenieurin, 70%. Und nicht, dass wir am Esstisch zu Hause darüber diskutieren, ob wir jetzt eine Frau zuviel im Bundesrat haben. Das überlassen wir getrost der Fasnacht. Die kommentiert die Vergangenheit. Wir aber haben uns um die Zukunft zu kümmern.



Carla Tschümperlin

P.S. Zum akuten und zukünftigen Mangel an Fachkräften im technischen Bereich gibt es eine lesenswerte Studie des Bundes: Mangel an MINT-Fachkräften in der Schweiz, welche den Ernst der Lage aufzeigt. (http://www.sbf.admin.ch/htm/dokumentation/publikationen/uni/Bericht_fachkraeftemangel_de.pdf)

Neuregelung des Konkordates über die Fachhochschule Zentralschweiz

Die Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) wird unter der Bezeichnung Hochschule Luzern HSLU seit 2001 auf der Grundlage des Zentralschweizer Fachhochschul-Konkordats geführt.

Neu soll die gesamte Fachhochschule unter einem einheitlichen Dach mit der Trägerschaft der Regionskantone LU, UR, SZ, OW, NW und ZG geführt werden. Mit der neuen Regelung wird eine zielgerichtete und kohärente Führung der fünf Teilschulen (Technik & Architektur, Wirtschaft, Design und Kunst, Musik und Soziale Arbeit) erreicht, und es werden damit eindeutige Grundlagen (z.B. im anwendbaren Personalrecht) geschaffen. Auch wird das Finanzierungskonzept grundlegend überarbeitet. So haben sich die Mitglieder des FH-Konkordates auf eine Abgeltung

von 6% des Jahresumsatzes für die Standortkantone, die einen nachweisbaren volkswirtschaftlichen Nutzen erfahren, geeinigt. Diese Regelung betrifft insbesondere den Kanton Luzern, der ausser dem Institut für Finanzdienstleistungen in Zug sämtliche Schulen beherbergt.

Für den Kanton Schwyz und insbesondere dessen Wirtschaft ist das Mittragen der Fachhochschule Zentralschweiz ein wichtiges Element in der Ausbildungsfrage unserer Jugend. Mit der Mitwirkung hat der Kanton Schwyz auch weiterhin ein Mitspracherecht und kann die strategische Ausrichtung der FHZ an vorderster Front mitgestalten. Weiter kann durch eine Fachhochschule «vor Ort» der Abwanderung von hochqualifizierten Berufsleuten entgegengewirkt werden.

Der Kantonsrat Schwyz wird am 24. April 2012 über die Neuregelung des Konkordates über die Fachhochschule Zentralschweiz beschliessen. Der Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz unterstützt diese Neuregelung und ist überzeugt, dass der Kantonsrat diesem Ausbildungs-Konkordat zustimmen wird, da nun eine ausgewogene Regelung vorliegt, die Regelung für den Kanton Schwyz finanziell günstiger ist und der Kanton Luzern seinen Standortvorteil durch höhere Beiträge ausgleicht. Eine Zustimmung ist wichtig, damit unsere künftigen Berufs- und Führungsleute beste Ausbildungschancen haben und die Schwyzer Wirtschaft davon profitieren kann.

Schwyzers Staatsrechnung besser als erwartet

Statt der budgetierten 96 Mio. Franken Defizit hat die Staatsrechnung 2011 des Kantons Schwyz einen Aufwandüberschuss von 48,3 Mio. Franken eingefahren. Hauptgrund für die Halbierung des Verlustes sind die guten Steuererträge. Bei den Steuern wurden 59 Mio. Franken mehr eingenommen als budgetiert. Dazu haben nach Auskunft von Finanzdirektor Kaspar Michel «zwei, drei Zuzüge potenter Steuerzahler beigetragen. Michel warnte jedoch vor diesem «Einmaleffekt», der die Strukturprobleme nicht behebe. Insgesamt erfuhren sowohl die Aufwand- wie die Ertragsseite eine Steigerung von je sieben Prozent. Der Aufwand war nach der Budgetzurückweisung um 40 Mio. Franken heruntergefahren worden. Das immer noch hohe Aufwandwachstum wurde durch gesetzlich gebundene Ausgaben in den Bereichen Prämienverbilligungen, Ergänzungsleistungen, stationäre Spitalversorgung, Sonderschulheime und Schiessanlagen

verursacht. Das Eigenkapital reduzierte sich durch den Verlust der Staatsrechnung auf immer noch hohe 514 Mio. Franken. Regierungsrat Michel will weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt anpeilen. Für den schwierigen Aufgabenverzicht brauche es jedoch im Parlament Mehrheiten. Zur Debatte stehen auch «strukturelle Anpassungen».

Rückgang bei den Logiernächten

Wie in der gesamten Schweiz hat auch im Kanton Schwyz im Jahr 2011 die Zahl der Logiernächte abgenommen. Insgesamt 640 000 Übernachtungen von Gästen wurden im vergangenen Jahr gezählt. Das sind gut 5000 oder 0,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit hält sich der Rückgang aber in Grenzen. Gestiegen ist die Zahl der Gäste aus Russland und Asien, aus der Region Australien, Neuseeland und Ozeanien sogar stark. Innerhalb des Kantons Schwyz liegt die Destination Morschach-Stoos mit 210 000 Logiernächten

noch immer deutlich an der Spitze. Das ist doppelt so viel wie im gesamten Bezirk Höfe. Die markante Spitze ist vor allem der guten Auslastung des Swiss Holiday Parks und der ihm angegliederten Unternehmen zustande gekommen. Morschach trägt damit einen Drittel der Übernachtungszahlen im ganzen Kanton bei.

Dämpfer für kantonales Image

Schwyz ist top, wenn es um günstige Steuern, die Nähe zu Zürich und die Arbeitslosenquote geht. Schlechter sieht es aus, wenn es um Sachen wie Innovation, Dynamik und Ausbildung geht. Das zeigt die UBS-Analyse der Wettbewerbsindikatoren der Kantone. In der Gesamtbewertung liegt Schwyz auf dem zehnten Platz. In Sachen Wettbewerb wird Schwyz der breiten Mittelgruppe zugerechnet. In Sachen Arbeitsmarkt erhält Schwyz dank der tiefen Arbeitslosenzahl und der relativ jungen Bevölkerung ein «sehr gut». Ebenfalls gut schneidet unser Kanton beim «Kostenumfeld für Unternehmen» ab. In Schwyz sind die Gewinn- und Kapitalsteuersätze tief, das Mietpreisniveau mässig, die Energiekosten eher günstig. Die Erreichbarkeit wird als gut eingestuft, mittelmässig wird die Diversifikation der Wirtschaft beurteilt. Schlechte Werte erhält der Kanton Schwyz in Sachen Finanzeffizienz, weil die staatlichen Investitionen im Vergleich zum Staatsaufwand als zu gering eingeschätzt werden. Auf dem sechst letzten Platz rangiert Schwyz bezüglich Dynamik. Gemessen wurde dabei der Aussenhandel und der Exportanteil der kantonalen Wirtschaft sowie die Stellung, welche die Branchen aus dem Kanton am Markt haben. Am schlechtesten von allen Kantonen schneidet Schwyz beim der Innovation und beim Humankapital ab. Um die Innovation ist es schlecht bestellt, weil die Fähigkeit, neue Produkte zu schaffen und zu vermarkten, tief ist und weil in der Forschung und Entwicklung zu wenige Leute arbeiten. Beim Humankapital wird die Abwanderung gut ausgebildeter Leute bemängelt. Der Braindrain ist gross und im Kanton ist der Anteil an hoch und gut qualifizierten Arbeitskräften geringer ist als anderswo.

Immobilienpreise: Konsolidierung auf hohem Niveau

Zu Beginn des Jahres sind die Preise im Schwyzer Wohnungsmarkt nach einer längeren Wachstumsphase leicht gesunken. Das zeigt der Bericht des Immobilienberaters Wüest & Partner, Zürich, der im Auftrag der Schwyzer Kantonalbank erstellt

wurde. Verantwortlich für den leichten Preisnachlass ist unter anderem das grosse Neuangebot in den Bereichen der Eigentums- und Mietwohnungen. Mittlerweile übersteigt die hiesige Leerwohnungsquote mit 1,6 Prozent den Schweizer Durchschnitt, der bei 0,9 Prozent liegt. Die Wohnungsmieten sind mit 1,8 Prozent im vergangenen Halbjahr weniger stark gestiegen als in den Jahren zuvor. Auf dem Schwyzer Eigentumswohnungsmarkt wird eine Konsolidierung erwartet. Zuletzt sind sie gegenüber dem Vorjahr nur noch um 3,2 Prozent gestiegen; in den drei Jahren zuvor betrug das Wachstum jeweils mehr als 8 Prozent. Zum Jahresende 2011 haben die Preise sogar leicht nachgegeben. Als Grund dafür wird das grosse Neubausvolumen genannt. Bei den Einfamilienhäusern ist der Angebotspreisindex gegen Ende Jahr etwas zurückgegangen. Insgesamt resultiert hier jedoch gegenüber dem Vorjahr noch immer ein stattliches Plus von fast 15 Prozent. Vor allem Häuser im oberen Preissegment konnten nochmals zulegen, vor allem in den Regionen Höfe und March. Der Ausblick ist nach wie vor positiv. Der Geschäftsstellenmarkt verzeichnete nach dem konjunkturellen Dämpfer 2009 im Jahr 2011 erstmals wieder eine beachtliche Flächennachfrage. Insgesamt siedelten sich im Kanton Schwyz rund 690 Firmen neu an. Dennoch sind die Preise in diesem Segment kaum gestiegen. Der Grund liegt in der zunehmenden Flächeneffizienz. Die Studie geht davon aus, dass ältere Bürogebäude an weniger gefragten Standorten tendenziell eher günstiger werden.

Schwierige Suche nach Bauland für Industrie und Gewerbe

In der Region Höfe und in der Untermarch wird es zusehends schwieriger, Bauland für Industrie- und Gewerbebetriebe aufzutreiben. Wer zum Erfolg kommen will, braucht einen langen Atem oder sehr viel Geld. Hand bietet zwar der Wirtschaftsförderer des Kantons Schwyz und der Standortförderer des Bezirks Höfe, doch die Möglichkeiten dieser beiden Anlaufstellen sind beschränkt. Auch die Gemeinden sind sich dieses Problems bewusst und unternehmen in raumplanerischer Hinsicht das Möglichste. Für den kantonalen Wirtschaftsförderer Urs Durrer ist es besonders wichtig, bestehende Firmen zu unterstützen, denn diese schaffen Arbeitsplätze. Keinen Einfluss hat er allerdings auf die Preise, denn hier entscheidet das Angebot und die Nachfrage. Grundstücke für 1000 Franken pro Quadratmeter seien «die Realität». Durrer erinnert

daran, dass in den nächsten Jahren im ganzen Kantonsgebiet die Einzonung von 30 Hektaren Industrieland zu erwarten sei. Davon erhofft er sich Erleichterung für Unternehmen auf Standortsuche.

Schwyz haben gute Zahlungsmoral

Banken, Kreditinstitute und Inkassostellen, aber auch die Industrie und das Gewerbe sind sehr darauf angewiesen, die Zahlungsfähigkeit ihrer Kunden zu kennen. Der auf Gläubigerschutz und Inkasso spezialisierte Branchenverband «Creditreform» erstellt dazu jährlich eine Karte der «Zahlungsstörungen». Erfasst werden dabei die amtlichen Betreibungen, Zahlungsbefehle, Konkurse, aber auch Inkassomeldungen und generell negative Meldungen der eigenen Verbandsmitglieder über Kunden. Insgesamt sind es 6,1 Mio. Adressen von über 18-jährigen Personen. Landesweit haben durchschnittlich 4,3 Prozent aller Privatpersonen «Zahlungsstörungen». Der Kanton Schwyz liegt mit einem Wert von 2,7 Prozent deutlich darunter. 24 Postkreise haben einen Wert unter 2,3 Prozent, 22 Postkreise zwischen 2,3 und 3,3 Prozent. Die Kreise Oberarth, Lachen, Galgenen, Siebnen, Schübelbach, Vorderthal und Reichenburg weisen Werte zwischen 3,3 und 4,3 auf. In Unteriberg und Schübelbach haben sogar 4,3 bis 5,3 Prozent der Privaten Zahlungsschwierigkeiten.

Sparkasse Schwyz hat weniger verdient

Die Sparkasse Schwyz hat 2011 sinkende Erträge hinnehmen müssen. Der Bruttogewinn ging um 15,5 Prozent auf 8,2 Mio. Franken zurück, der Konzerngewinn um 8,6 Prozent auf 2,7 Mio. Franken. Im Zinsengeschäft blieben unter dem Strich 17,3 Mio. Franken (-2,2 Prozent), im Kommissionsgeschäft 7,2 Mio. Franken (-12,4 Prozent) und im Handelsgeschäft 1,5 Mio. Franken (-13,9 Prozent) übrig. Die Kundengelder wuchsen um 9 Prozent auf 1208 Mio. Franken, die Kundenausleihungen nahmen um 6,8 Prozent auf 1424 Mio. Franken zu; 1,2 Mrd. Franken entfielen dabei auf Hypotheken. Die Bilanzsumme wuchs um 8,2 Prozent auf 1,7 Mrd. Franken. Die Eigenkapitalquote lag bei 8,7 Prozent. Die Sparkasse Schwyz will noch in diesem Jahr ihr Aktienkapital von 11 auf 121 Mio. Franken erhöhen. Die Regionalbank wurde bereits 1812 gegründet und ist damit eine der fünf ältesten Privatbanken der Schweiz. Sie feiert heute ihr 200-jähriges Bestehen. Bis 2005 war sie zu 100 Prozent im Besitz der Gemeinde Schwyz. Dann wurde sie in eine Aktiengesellschaft

umgewandelt, bei welcher die Gemeinde über 90 Prozent der Anteilscheine hält. Der Rest ist breit als Publikumsaktie gestreut.

Schindler übernimmt Liftbauer Henseler in Küsnacht

Die Firma Henseler wurde 1964 in einer Garage in Risch gegründet. 1964 wurde die Firma erweitert und nach Immensee verlegt, 1986 dislozierte sie ins Industriegebiet Fänn in Küsnacht. Anfänglich produzierte sie Hydraulik- und Maschinenbausysteme und -teile. 1996 wurde die Palette um die standardisierten Hydraulik-Personenaufzüge erweitert. Die Firma expandierte mit dem erfolgreichen Produkt in der ganzen Schweiz, baute Servicezentren auf. Der Umsatz hat sich in den letzten 14 Jahren verfünffacht. Derzeit ist ein 30-Mio.-Franken teures Kompetenzzentrum im Bau, das im Frühling 2013 bezugsbereit ist. Mit dem Aufzugssystem MRL ist auch ein erfolgversprechendes Projekt in Ausarbeitung, das ab 2013 ausgeliefert werden kann. Schweren Herzens müssen nun die Brüder Kilian und Markus Henseler den Familienbetrieb veräussern, weil sie selber keine Nachfolger aus der eigenen Familie fanden. Sie sind überzeugt, dass mit diesem Verkauf der Produktion (die Immobilien bleiben in Familienbesitz) an den Liftbauer Schindler der Standort Küsnacht und die Arbeitsplätze am besten abgesichert werden können. Die Henseler-Gruppe beschäftigt heute in der Schweiz 158 Mitarbeitende und in Deutschland 19 Mitarbeiter. Mit der Eröffnung des bald vollendeten Kompetenzzentrums werden nochmals 50 Arbeitsplätze geschaffen. Der Verkauf an Schindler fand per Anfang Jahr statt.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Deklaration für Rio+20: Es braucht einen Kurswechsel in der Landwirtschaft

Um die wachsende Weltbevölkerung ernähren zu können, muss die Landwirtschaft schonender mit den natürlichen Ressourcen umgehen. Die UNO-Konferenz Rio+20 im Juni soll die Weichen stellen für einen grundlegenden Kurswechsel in der globalen Agrar- und Ernährungspolitik. Das ist die Kernforderung der Deklaration «Nahrung für alle, natürlich», welche hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Regierungen, internationalen Organisationen und Wissenschaft anlässlich einer Roundtable-Veranstaltung am 15. und 16. März 2012 in New York gestellt haben. Der Anlass kam unter anderem auf Initiative der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zustande.

Zwanzig Jahre nach dem Erdgipfel in Rio von 1992 werden im kommenden Juni an der UNO-Konferenz für nachhaltige Entwicklung (UNCSD) Rio+20 Aktivitäten für eine nachhaltige Zukunft unseres Planeten diskutiert. Dabei sollen Massnahmen für nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssicherheit beschlossen werden, wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des «Runden Tisches zu Nahrung, Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft» im Vorfeld des dritten Intersessional Meetings der UNO in New York zur Vorbereitung der Konferenz Rio+20 forderten.

Die Deklaration für Rio+20 hält fest, dass ein Kurswechsel in der Landwirtschaft notwendig ist. Angestrebt werden Ernährungssicherheit für alle, eine ländliche Entwicklung mit verbesserten Bedingungen vor allem für Kleinbäuerinnen und -bauern, insbesondere für Frauen, sowie eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen. Die Deklaration fordert die internationale Gemeinschaft auf, an der Rio+20-Konferenz die UNO mit einem Aktionsprogramm für einen Kurswechsel in der Agrar- und Ernährungspolitik zu beauftragen. Die Landwirtschaft der Zukunft muss verstärkt auf Pflanzen und Sorten setzen, die den lokalen Bedingungen angepasst sind und die natürlichen Ressourcen auch für kommende Generationen erhalten.

Die Schweiz steht hinter der Forderung nach einem naturnahen und nachhaltigen Anbau von Nahrungsmitteln. Die Veranstaltung fand am Donnerstag und Freitag auf Einladung der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), der Schweizer Stiftung Biovision und des Millennium Institutes, mit Unterstützung der Stiftung Mercator Schweiz und weiteren Organisationen in New York statt. Es referierten unter anderem Terezya Huvisa, Umweltministerin in Tanzania, Sally Kosgei, Landwirtschaftsministerin in Kenia, sowie David Nabarro, Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Nahrungssicherung und Olivier de Schutter, UN-Sonderbeauftragter für das Recht auf Ernährung.

Relevante Resultate in Rio+20

Mit der Diskussionsveranstaltung strebten die Organisatoren ein gemeinsames Verständnis über mögliche Resultate der Konferenz Rio+20 an, so dass die Ernährungssicherheit gestärkt und eine nachhaltige Landwirtschaft auf der Basis von vorliegenden Erkenntnissen und Berichten umgesetzt werden kann, etwa dem Weltagrarbericht IAASTD oder dem Green Economy Report des UNO-Umweltprogramms. Die Empfehlungen der Deklaration sollen in den Vorbereitungsprozess der Konferenz Rio+20 eingebracht werden, mit dem Ziel, dass dort die Staatengemeinschaft einen entscheidenden Schritt in Richtung globaler Ernährungssicherheit und einer weltweit nachhaltigen Landwirtschaft macht.

Der Handlungsbedarf ist gross. Nahezu 40 Prozent der landwirtschaftlichen Böden sind degradiert, vielerorts gehen die Wasservorräte zur Neige, und die Sortenvielfalt, die Basis der Pflanzenzucht, schrumpft. Diese Probleme sind nicht zuletzt das Ergebnis von Fehlentwicklungen in der Agrarpolitik, welche die Bedürfnisse der Kleinbauern vernachlässigten. Dabei sind es die Kleinbauern, die weltweit über die Hälfte der Nahrungsmittel produzieren.

Die Folgen sind desaströs: Jedes fünfte Kind, das heute geboren wird, wächst hungrig auf. Die Zahl der unterernährten Menschen hat sich seit Mitte der 90er-Jahre um mehr als 100 Millionen erhöht, obwohl bereits heute im Durchschnitt 4600 kcal pro Person und Tag produziert werden – etwa doppelt so viel wie notwendig. Bis 2050 wird die Weltbevölkerung von gegenwärtig knapp 7 Milliarden auf über 9 Milliarden zunehmen. Vor diesem Hintergrund hat die UNO Ernährung zu einem der sieben Schwerpunktthemen der Konferenz Rio+20 bestimmt. Der Gipfel findet vom 20. bis 22. Juni in Rio de Janeiro, Brasilien, statt.

(EDA)

Von der Wichtigkeit institutioneller Fragen

Die Gretchenfrage der Politik ist weniger, was man, sondern vielmehr wer entscheidet. Obwohl sie gerade in Dossiers, die dem Volk oder dem Parlament unterbreitet werden, entscheidend ist, wird sie häufig vernachlässigt. So zum Beispiel bei der Initiative von Franz Weber gegen den Zweitwohnungsbau, die aufgrund einer mangelnden Mobilisierung durch die grossen Parteien und der Bundespolitik schliesslich knapp angenommen wurde.

Die Gegner prangerten die starren Regeln der Initiative an, ohne die vorgefasste Meinung vieler Bürger ins Wanken bringen zu können. Sie haben ausführlich dargelegt, dass die Initiative wegen der letzten Raumplanungsgesetzrevision überflüssig ist, da diese die Kantone bereits zu Massnahmen gegen die «kalten Betten» verpflichtete. Allein, ein Teil der Bevölkerung hörte die Botschaft nicht. Sie glaubte fälschlicherweise weiterhin, dass nichts unternommen worden war, um den Exzessen im Zweitwohnungsbau in gewissen Tourismusgebieten den Riegel zu schieben. Resultat: Die urbane Schweiz hat gezeigt, dass sie die Alpenregion als eine Art Reservat betrachtet, das es zu schützen und erhalten gilt, wenn nötig auch gegen die wirtschaftlichen Bedürfnisse der dort ansässigen Bevölkerung. Diese hat nun teuer gelernt, dass die Liebe der Städter zur Natur – so willkommen sie für die Bewerbung der Bergwelt auch ist – sich gegen die Interessen des Alpenraums ge-

richtet hat. Einmal mehr hat schliesslich der wirtschaftlich einflussreiche und bevölkerungsstarke Teil der Schweiz seine Auffassung von Raumplanung dem schwächeren Teil aufgedrückt... obwohl gerade die föderalistische Struktur der Schweiz solche Situationen verhindern soll.

Und hier stellt sich eben die institutionelle Frage. Unabhängig des Werts oder Unwerts der geplanten Massnahmen: Es ist nicht Sache der Zürcher oder Genfer darüber zu entscheiden, was für eine einzelne Gemeinde im Wallis oder in Graubünden gut oder schlecht ist. Oder rechtsstaatlich gesprochen: Raumplanung ist Sache der Kantone. Dies ist keine juristische Anwendung, sondern eine realistische Konzeption, die die unterschiedlichen Situationen und das Recht der Gemeinden anerkennt, ihre Raumentwicklung frei bestimmen zu dürfen.

Fakt ist, dass die Raumplanung seit Jahren die Begehrlichkeit zentralistischer Kräfte der Bundespolitik weckt. Die angenommene Initiative nährt diesen Zentralisationshunger zusätzlich und ebnet den Weg dazu, dass Bundesbern entscheidet, was und ob irgendwo in einer kleinen Schweizer Gemeinde gebaut werden darf oder nicht. Man hätte sich in den letzten Monaten gewünscht, dies nicht nur vom Oppositionskomitee zu hören, sondern auch und vor allem von Kantons- und Gemeindepolitikern, die ihre Privilegien durchaus mit mehr Herzblut hätten verteidigen können.

Es ist zugegebenermassen nicht einfach, den Durchschnittsbürger für institutionelle Fragen zu sensibilisieren und die Presse für wenig sensationelle Themen zu interessieren. Trotzdem dürfte zumindest von den politisch Verantwortlichen die Erklärung des Mechanismus erwartet werden und die Thematisierung der Zentralisierung sowie der Entmachtung der Kantone, so dass Debatten über die politische Grundsatze Frage «wer soll entscheiden?» geführt werden könnten.

Wenn sich bei den nächsten ähnlichen Abstimmungen niemand diese Mühe gibt, werden die zentralistischen Mühlen immer weiter mahlen und regulatorisch – weil abgekoppelt von der Realität – alles gleich schalten.

(Centre Patronal)

Arbeitgeber und IV gemeinsam für die Eingliederung

Seit dem 1. Januar 2012 ist die IV-Revision 6a in Kraft. Die neuen Instrumente der Invalidenversicherung stärken den Unternehmen den Rücken, wenn sie handycapierete Menschen weiter beschäftigen oder anstellen. Seit 2008 (5. IV-Revision) konzentrieren sich die IV-Stellen und Arbeitgeber erfolgreich darauf, eine drohende Invalidität von Menschen mit gesundheitlichen Problemen dank frühzeitiger Erkennung und raschem Eingreifen besser zu vermeiden. Das Motto lautet «Eingliederung vor Rente».

Eingliederung bedeutet mehrfachen Erfolg

Die Eingliederung von gesundheitlich beeinträchtigten Menschen ins Erwerbsleben ist das zentrale Ziel der IV, weil Eingliederung in mehrfacher Hinsicht einen Erfolg bedeutet: Mit jeder erreichten Eingliederung bleibt ein Mensch über die Arbeit eingebettet in ein tragendes soziales Gefüge, statt auf dem Renten-Gleis untätig abgestellt zu sein. Zudem kann ein Unternehmen seine verfügbare Arbeitskraft nutzen. Gleichzeitig bedeutet jede erfolgreiche (Teil-)Eingliederung die Vermeidung einer (Teil-)Rente, die andernfalls während Jahren und Jahrzehnten ausbezahlt und finanziert werden müsste.

Dieser Mehrfacherfolg der Eingliederung stand im Zentrum der Einführung. Eingliederung sei nicht nur eine selbstverständliche soziale Aufgabe. Zusammen mit den Korrekturen auf der Finanzie-

rungsseite stelle die Eingliederung auch das zentrale Element zur vollständigen Sanierung der IV bis 2025 dar – einer IV, die heute mit 15 Milliarden Franken verschuldet ist. Es herrscht die Überzeugung, dass durch die intensiven Anstrengungen der IV-Stellen in Zusammenarbeit mit noch stärker engagierten Arbeitgebern das sozialpolitische Ziel wie auch die Sanierung der IV – nachhaltig schwarze Zahlen und vollständiger Schuldenabbau – erreicht werde.

Arbeitgeber und IV-Stellen arbeiten koordiniert und eng zusammen

Es wurde dargelegt, dass die Eingliederung von Menschen mit Behinderung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. Der wesentliche Erfolgsfaktor sei die gute Zusammenarbeit zwischen IV-Stellen und Arbeitgebern, die nötigen Instrumente seien vorhanden. Nun gelte es, die Arbeitgeber besser über die Angebote der IV und das Funktionieren der Eingliederung zu informieren.

Auch wurde darauf hingewiesen, dass die Schweizer KMU in hohem Masse sozialverantwortlich handelten und bereits seit langem einen wesentlichen Beitrag zur Integration behinderter Menschen leisteten. Dies habe unter anderem eine Studie der Stiftung «Integration für alle» (IPT) eindrücklich nachgewiesen. Die KMU seien gewillt, ihr Engagement weiterhin aufrecht zu erhalten und wo möglich zu verstärken. Gefordert seien aber auch

die Politik, das BSV, die Invalidenversicherung und insbesondere auch die Behinderten. Ziel der Anstrengungen müsse es sein, die IV bis zum Auslaufen der Zusatzfinanzierung per Ende 2017 nachhaltig zu sanieren.

Auf die Bedürfnisse der Arbeitgeber zugeschnittene Angebote der IV

Die IV hat heute für die Eingliederung einen gut bestückten «Werkzeugkoffer» zur Verfügung. Ein sehr wertvolles neues Instrument sei der Arbeitsversuch, bei dem die Arbeitgeber einen möglichen künftigen Angestellten während eines halben Jahres ausführlich testen und kennen lernen können. 2011 hätten die IV-Stellen in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern 11 530 Menschen mit Behinderung im ersten Arbeitsmarkt platzieren können. In dieser Zahl seien der Erhalt von Arbeitsplätzen, Umplatzierungen im gleichen Unternehmen und Arbeitsplätze bei neuen Arbeitgebern enthalten. Bei 47 Prozent handle es sich um Arbeitsplätze bei neuen Arbeitgebern. Die Arbeitgeber hätten 2011 also rund 5 400 Arbeitsplätze mit Menschen mit Behinderung neu besetzt, was für die Zukunft sehr zuversichtlich stimme.

Schliesslich wurde erwähnt, dass die IV-Stellen heute nicht nur deutlich weniger neue Renten zusprechen müssten, sondern im Gegenzug dazu auch deutlich mehr Eingliederungsmassnahmen durchführten. Dies sei zu einem wesent-

lichen Teil ein Erfolg der 5. IV-Revision, die 2008 in Kraft getreten ist. Bereits bisher, noch ohne die neuen Instrumente der Revision 6a, habe die IV im Rahmen der jährlich 50 000 Rentenrevisionen rund 2 300 IV-Renten reduzieren oder aufheben können. Zusammen mit den Arbeitgebern könne das Ziel der Revision 6a erreicht werden, innert sechs Jahren die Erwerbsfähigkeit von rund 17 000 IV-Rentner/innen mit entsprechendem Potenzial so zu erhöhen, dass sie in den Arbeitsmarkt (teil-)eingegliedert und vermittelt werden können.

Breit angelegte Kampagne zur Information der Arbeitgeber

Fazit: Nur gemeinsam können IV-Stellen und Arbeitgeber die gesteckten Eingliederungsziele erreichen. Die Arbeitgeber sind entsprechend in die Arbeiten zur Umsetzung der IV-Revision 6a eingebunden. Ein Teil davon ist eine Kampagne, mit welcher die Arbeitgeber gezielt darüber informiert werden, wie Eingliederung in Zusammenarbeit mit der IV funktioniert und was diese ihnen zu bieten hat. Der Schweizerische Arbeitgeberverband, der Schweizerische

Gewerbeverband, die IV-Stellen-Konferenz und das Bundesamt für Sozialversicherungen betreiben die Kampagne gemeinsam. In ersten Schritten wurden die Broschüre «Leitfaden für die berufliche Eingliederung» und der Flyer «Unterstützung für Arbeitgeber – Neuerungen in der IV» insbesondere über die Kanäle der beiden Verbände und von den IV-Stellen breit an die Arbeitgeber verteilt. Weitere Aktionen sind in Vorbereitung.

(SAV)

Schweizer Industrie weiterhin in schwieriger Situation

Die Industrieproduktion in der Schweiz befand sich im vierten Quartal 2011 weiterhin im Gegenwind. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal mussten die Schweizer Unternehmen mit sinkenden Produktionszahlen kämpfen.

Im vierten Quartal des vergangenen Jahres sank die Industrieproduktion in der Schweiz im Vergleich zum Vorjahr um 1,4%, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilte. Unter den Branchen war der Rückgang beim Bergbau am grössten. Ihm folgten die Branche

«Energie-Wasserversorgung», die Branche «Gummi- und Kunststoffwaren», die chemische Industrie und die Holzindustrie. Dagegen erzielten die Textilindustrie, die lederverarbeitende Industrie und die Maschinenindustrie die grössten Anstiege.

Der Umsatz der Schweizer Industrie stieg von Oktober bis Dezember 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4%. Das beste Ergebnis verzeichnete die Textilindustrie. Die höchsten Minuszahlen schrieben unter anderem der Bergbau sowie das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe.

Die Schweizer Industrieunternehmen sahen sich erneut einer negativen Auftragslage gegenüber. Die Auftragseingänge nahmen im Vergleich zur Vorjahresperiode um 2,0% ab. Auf Ebene der Branchen sanken die Eingänge unter anderem beim Bergbau und beim Maschinenbau. Die Textilindustrie verzeichnete die grössten Bestelleingänge.

(SAV)

Exporte leicht im Plus dank zusätzlichem Arbeitstag

Die Exportindustrie führte zwar im Februar 1,3% mehr Güter und Waren aus, bereinigt um den zusätzlichen Arbeitstag resultierte jedoch ein Minus von 3,8%. Insgesamt verkaufte die Schweizer Wirtschaft für 16,7 Mrd. Franken Exportgüter, teilte die Eidgenössische Zollverwaltung (EVZ) mit.

Uhrenindustrie weiterhin an der Spitze

Spitzenreiter bei den Schweizer Exporten blieb die Uhrenindustrie mit einem Plus von 19,7%. Auf den Rängen zwei und drei folgten die Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie die Chemische Industrie mit jeweils einem Plus von 1,9%.

Etliche Exportbranchen zeigten deutliche Rückgänge. Der Absatz der Papier- und der Grafischen Industrie brach innert Jahresfrist um 14,9% ein. Das war bereits der neunte Monat in Folge mit einem Minus im zweistelligen Prozentbereich, hält die Zollverwaltung fest. Um 14,5% gingen die Exporte der Maschinen- und Elektronikindustrie zurück, jene der Textilindustrie sanken um 10,4%.

2% weniger Exporte nach Europa

Die Exportentwicklung nach Kontinenten war zweigeteilt. Mehr ausgeführt wurde nach Nordamerika (+11%) und Lateinamerika (+7%)

sowie Asien (+6%). Die Exporte nach Afrika gingen um 19% zurück und jene nach Ozeanien um 5%. Auf dem Hauptmarkt, Europa, sanken die Verkäufe um insgesamt 2%.

Die Einfuhren verringerten sich im Berichtsmonat ebenfalls. Sie lagen 1,4% respektive arbeitstagbereinigt 6,3% unter den Vorjahreszahlen. Die Frage nach Rohstoffen und Halbfabrikaten etwa ging gemäss Angaben der Zollverwaltung um einen Zehntel zurück. Insgesamt führten die Schweizer Unternehmen Waren und Güter für 14,0 Mrd. Franken ein. Die Handelsbilanz schloss damit mit einem Überschuss von 2,7 Mrd. Franken. (SAV)

«Swiss made»-Missbräuche nicht mehr geduldet

Die Swissness-Vorlage ist für einen ausgeglichenen Wappenschutz und eine wirksamere Missbrauchsbekämpfung notwendig. Der Nationalrat hat dies erkannt und am Donnerstag die vorgeschlagenen Massnahmen gutgeheissen. Umstritten bleibt die Frage nach dem prozentualen Schweizer Mindestanteil. Es liegt nun am Ständerat, praxistaugliche Antworten für die jeweiligen Branchen zu finden.

Swissness ist ein wichtiger Erfolgsfaktor. Der Zusatz «Schweiz» vermittelt weltweit den Eindruck von Qualität, Sicherheit und Zuverlässigkeit. Die Vorlage will den Schutz der Marke «Schweiz» verbessern. Insbesondere im Ausland ist der Missbrauch des «Swiss made» weit verbreitet.

Mit seinem Entscheid hat der Nationalrat den Handlungsbedarf erkannt. Gegen Produzenten, die ihre Produkte ganz oder mehrheitlich im Ausland herstellen lassen und diese trotzdem unter dem Label «Swiss made» verkaufen, soll künftig wirksamer vorgegangen werden. Neu soll zudem das Schweizerkreuz legal auch auf Produkten angebracht werden können. Obwohl heute zahlreiche Produkte mit dem Schweizerkreuz versehen werden, dürfen gemäss geltendem Recht nämlich nur Dienstleistungen mit dem Schweizerkreuz angepriesen werden.

Praxistauglicher Schutz der Marke «Schweiz» muss flexibel sein

Umstritten und höchst komplex bleibt die Frage, wie viel «Schweiz» drin sein muss, damit «Schweiz» drauf stehen darf. Die Situation ist in den einzelnen Branchen, auf Unternehmens- und gar Produktebene sehr unterschiedlich. Hier braucht es flexible Lösungen und kein Einheitsschema. Werden den Herstellern zudem unverhältnismässig hohe Hürden für die Verwendung der Herkunftsbezeichnung «Schweiz» aufgebaut, würden allenfalls Schweizer Unternehmen gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligt. Damit würde der Wirtschaftsstandort geschwächt, statt gestärkt.

Ziel ist ein ausgewogener und praxistauglicher Schutz der Marke «Schweiz». Für die Wirtschaft ist deshalb zentral, dass erstens die heutige Branchenflexibilität bei der Verwendung der Herkunftsangabe «Schweiz» bewahrt bleibt und zweitens die Regelungen in der Praxis

einfach angewandt werden können. Im Hinblick auf die Beratung im Ständerat gilt es, diese Diskussion zwischen den betroffenen Branchen und Interessenkreisen sowie der Politik weiterzuführen. Sie müssen praxistaugliche, wie auch effektive Lösungen für die jeweiligen Branchen

finden. Sicher ist, dass – sollte die Vorlage aufgrund von Prozentstreitigkeiten scheitern – die Schweizer Wirtschaft, der Schweizer Konsument und die Schweizer Landwirtschaft als Verlierer dastehen würden.

(economiesuisse)

Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz gestärkt

In einem rohstoffarmen Land wie der Schweiz gehören Forschung und Innovation zu den wichtigsten Faktoren für wirtschaftlichen Wohlstand. Entsprechend wichtig ist die Gesetzgebung zur staatlichen Förderung dieser Bereiche. Mit dem vom Nationalrat verabschiedeten totalrevidierten FIG erhält der Bund eine adäquate, zeitgemässe gesetzliche Grundlage für seine Förderungsaktivitäten.

Verpasst hat der Nationalrat leider die Chance, im Rahmen der Totalrevision die KTI in eine unabhängige Stiftung zu überführen – analog zum Schweizerischen Nationalfonds (SNF). Besonders die Erfahrung mit der Vergabe der Sondermittel im Rahmen des jüngsten

Konjunkturpakets hat gezeigt, dass die KTI aufgrund der Organisation als Behördenkommission in ihrer Tätigkeit zum Teil limitiert ist (z.B. weil sie keine Reserven bilden darf). Um die Unabhängigkeit der KTI sicherzustellen und ihre Flexibilität zu erhöhen, sollte sie zweckmässigerweise nach dem Vorbild des SNF in eine Stiftung überführt werden.

Innovationspark: nationale vor regionale Sichtweise

Der Nationalrat möchte, dass der nationale Innovationspark von Beginn weg an mehreren Standorten erstellt wird. Auch sollen zinslose Darlehen und Landkäufe durch den Bund möglich werden. Mit diesen Erweiterungen läuft die Idee

des Innovationsparks Gefahr, von regionalen Interessen dominiert zu werden. In der künftigen Ausgestaltung muss unbedingt sichergestellt sein, dass die Errichtung eines solchen Parks aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive erfolgt und Effizienzüberlegungen im Vordergrund stehen.

Insgesamt ist die vorliegende Totalrevision des Forschungsgesetzes aber zu begrüßen, denn sie behält eine integrierte Sichtweise auf Forschung und Innovation. Mit der neuen gesetzlichen Grundlage setzt die Schweiz den Rahmen, um auch in Zukunft zu den innovativsten und forschungstärksten Ländern der Welt zu gehören.

(economiesuisse)

Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	100,1	99,8	100,3	100,9	101,2	100,8	100,3	100,4	100,4	99,9	99,7	100,0
2011	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8	100,3	99,7	98,5	98,4	98,1	97,3	97,7
2012	97,7	98,4										
¹	-2,4	-1,9										

Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	100,2	100,0	100,3	100,8	101,0	100,5	100,1	100,3	100,3	100,1	99,7	100,0
2011	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9	99,7	99,3	98,5	98,4	98,3	97,5	97,8
2012	97,8	98,5										

Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	99,8	99,6	100,3	101,0	101,7	101,2	100,6	100,7	100,4	99,5	99,7	100,0
2011	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8	101,6	100,5	98,5	98,2	97,7	96,9	97,4
2012	97,4	98,3										

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2010	99,4	99,5	99,7	100,5	100,4	100,0	99,2	99,2	99,2	99,7	100,0	100,0
2011	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99,3
2012	98,9	99,1										
¹	-0,8	-0,9										

		2009 ²	2010 ²	2011					2012	
				Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Monatsindex (Dezember 2010 = 100)										
Totalindex		99,0	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99,3	98,9	99,1
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	102,8	101,6	98,5	97,5	97,1	96,0	96,2	96,8	97,0
	Alkoholische Getränke und Tabak	98,2	99,4	101,8	97,5	101,4	101,7	101,0	102,0	101,7
	Bekleidung und Schuhe	92,1	93,2	85,7	93,9	96,4	96,5	93,3	84	84,3
	Wohnen und Energie	96,9	99,3	101,1	101,5	101,7	102,3	102,4	102,3	102,8
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	100,5	100,1	97,9	98,9	98,0	98,3	98,4	96,8	97,6
	Gesundheitspflege	100,7	100,4	100,2	100,1	100,1	100,1	100	100,1	100,1
	Verkehr	97,1	99,4	100,5	100,4	99,3	97,4	97,4	97,5	98,1
	Nachrichtenübermittlung	101,5	100,0	100,7	100,7	100,4	100,3	100,3	100,3	100,2
	Freizeit und Kultur	102,7	100,5	96,5	96,6	96,2	96	95,2	94,2	94,1
	Erziehung und Unterricht	97,8	98,9	100	100,7	100,7	100,7	101,6	101,6	101,6
	Restaurants und Hotels	99,2	100,1	101,6	101,4	101,3	101,2	101,4	102,4	102,4
Sonstige Waren und Dienstleistungen	98,9	100,2	100,8	100,3	100,0	100,0	100,1	100,4	100,7	
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	99,2	99,8	100,4	100,3	100,2	100,2	100,2	100,3	100,5
	Auslandgüter	98,6	99,4	96,6	97,9	97,9	97,4	96,7	95	95,4
	Waren	99,1	99,8	97,7	98,4	98,2	97,7	97,4	96,3	96,5
	Dienstleistungen	99,0	99,7	100,6	100,6	100,6	100,7	100,6	100,7	101

¹ Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

² Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

Gesellschaftsanlass des H + I des Kantons Schwyz

Am Donnerstag, 24. Mai 2012, ab 15.30 bis ca. 18.15 Uhr, lädt der H + I seine Mitglieder zum Gesellschaftsanlass ein, anlässlich welchem die Firma Schmuckmanufaktur Meister in Wollerau besichtigt wird. Danach findet ein Apéro mit anschliessendem fakultativem Nachtessen (Ende ca. 21.30 Uhr) statt.

Wir bitten Sie, diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.

Diese Ausgabe wird gesponsert von
Mythen Center Schwyz,
Mythencenterstrasse 15, 6438 Ibach
www.mythen-center.ch

Nr.	Datum	Sponsor
429	25.08.2011	Lütze, Elektronik Elektrotechnik, Oststrasse 2, 8854 Siebnen
430	29.09.2011	Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz
431	27.10.2011	Mächler AG, Sandstrahl-, Metallspritz- und Einbrennlackierwerk, Zürcherstrasse 106, 8852 Altendorf
432	24.11.2011	A. Betschart's Söhne AG, Transport und Heizöl, Schwyzerstrasse 19, 6440 Brunnen
433	15.12.2011	ROESLE FRICK & PARTNER, Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Zürich und Pfäffikon / SZ
434	26.01.2012	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
435	23.02.2012	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
436	29.03.2012	Mythen Center Schwyz, Mythencenterstrasse 15, 6438 Ibach
437	26.04.2012	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6340 Baar
438	24.05.2012	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach
439	28.06.2012	Gasser Hülsen GmbH, Kartonhülsenfabrik, Landstrasse 1, 6418 Rothenthurm
440	30.08.2012	Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz, Riedstrasse 17, 6431 Schwyz
441	27.09.2012	Schwyz Kantonbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
442	25.10.2012	Bruhin AG, Print & Crossmedia, Pfarrmatte 6, 8807 Freienbach
443	29.11.2012	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
444	16.12.2012	Räber AG, Distillerie, Luzernerstrasse 151, 6403 Küsnacht am Rigi
445	24.01.2013	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Leuholz 23, 8855 Wangen SZ
446	21.02.2013	720 Grad AG, Architekturbüro, Bahnhofstrasse 1, 8852 Altendorf
447	28.03.2013	Elektrizitätswerk Schwyz AG, Strehlgasse 11, 6430 Schwyz
448	25.04.2013	Schweizerische Mobiliar, Generalagent Roland Egli, Lachen, Generalagent Stephan Annen, Schwyz
449	30.05.2013	OMIDA AG, Homöopathische Arzneimittel, Erlistrasse 2, 6403 Küsnacht a.R.
450	27.06.2013	pensionskasse pro, Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz
451	29.08.2013	
452	26.09.2013	Schwyz Kantonbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
453	24.10.2013	
454	28.11.2013	
455	17.12.2013	Wyrsch Unternehmerschule AG, Weinbergstrasse 10, 8807 Freienbach